

## Bezirk Uster

# Ohne Bauland kein neues Hochbord-Schulhaus

**Dübendorf** Der Stadtrand ist ein Boomgebiet. Deshalb fordert ein Expertenbericht ein neues Schulhaus vor Ort. Nur ist dieser Wunsch gegenwärtig kaum umsetzbar – die Bodenpreise sind zu hoch.

Lukas Elser

Der immer knapper werdende Schulraum beschäftigt die Stadt Dübendorf seit Jahren. Der Stadtrand entwickelt sich rasant, die Hochhäuser spriessen aus dem Boden, die Bevölkerung wächst – und es gibt immer mehr Kinder. Die Primarschule investiert Millionenbeträge in Schulraum.

Jetzt hat die Primarschule einen Bericht mit den aktuellen Schülerprognosen und der aktuellen Schulraumstrategie veröffentlicht. Im Bericht werden drei Punkte ersichtlich: Erstens hat sich die Situation nicht entschärft. Zweitens bleibt die Schule in Sachen Raumpolitik bei ihrer alten Strategie, dem Ausbau der bereits bestehenden Schulhäuser. Drittens tut sich ein weiteres Problemfeld auf: Neu muss die Schule auch im Sonnenberg, im Osten der Stadt, zusätzliche Klassenzimmer bereitstellen.

### Bis zu 40 Klassen mehr

Der knappe Schulraum dürfte die Stadt noch lange beschäftigen. Denn die Schule rechnet in den nächsten 15 Jahren mit einem Schülerzuwachs um 24 Prozent und einem Klassenzuwachs von heute 98 auf bis zu 138 Klassen.

Weil die Stadt vor allem im Hochbord am westlichen Stadtrand wächst, fordern linke Kräfte in diesem Gebiet seit Längerem einen neuen Schulstandort. Ihr Argument: Damit hätten die Schüler des boomenden Quartiers eine Schule vor der Haustür und müssten nicht «lange, gefährliche» Schulwege in Kauf nehmen. Unterstützt werden sie von den externen Gutachtern des aktuellen Berichts. Sie schlagen für den Zeitraum zwischen 2030 und 2040 den Bau eines entsprechenden Schulhauses im Gebiet vor.

Das Problem: Die Stadt hat im Hochbord all ihr Land verkauft oder im Baurecht abgegeben. Und bezahlbares Bauland zu finden, wie es nun von manchen Politikern gefordert wird, dürfte sich als schwierig erweisen. Um Preisspekulationen zu vermeiden, will Finanzvorstand Martin Bäumle (GLP/GEU) keine Zahlen



Die Schülerzahlen steigen stetig, der Andrang auf die Dübendorfer Schulen wird dementsprechend immer grösser. Symbolfoto: Nicolas Zovvi

## «Schulhäuser müssen dahin, wo die Schüler sind, also ins Hochbord.»

Nikolaos Kaintantzis  
Dübendorfer Schulraumkritiker

nennen, meint aber, dass die Bodenpreise im Gebiet Hochbord aktuell «sehr hoch» seien und in den nächsten Jahren kaum sinken dürften.

Gleich klingt es vonseiten der Primarschule. Die bisherigen Angebote für Grundstücke oder be-

reits erstellte Räumlichkeiten, die der Stadt im Hochbord unterbreitet worden seien, hätten das Budget der Stadt gesprengt, sagt Schulpräsidentin Susanne Hänni (GLP/GEU). Nichtsdestotrotz will der Stadtrat die Augen für weitere Möglichkeiten offen halten.

### Zurück zur alten Strategie

Bis sich der Schule realistische Möglichkeiten im Hochbord oder allenfalls eine in naher Zukunft wohl ebenso unrealistische Zusammenarbeit mit Zürich oder Wallisellen präsentieren, wird die Schule also weiterhin bestehende Schulhäuser ausbauen. So soll zum Beispiel das Schulhaus Birchlen künftig nicht mehr wie aktuell 12 Klassen beherbergen, sondern bis zu 18 (siehe Box rechts).

Unzufrieden mit der Strategie der Schulpflege ist Nikolaos Kaintantzis, Mitglied der Dübendorfer Grünen, Elterntat in der Schulleitung Högler-Wil und bekannter Kritiker der Schulraumpolitik. Er will nicht akzeptieren, dass künftig Hochbord-Schüler statt im eigenen Quartier in den etwas entfernt liegenden Schulhäusern Birchlen oder Högler zur Schule gehen sollen, wie es die Schulpflege aktuell vorsieht. Gemäss ihm ist der Schulweg dahin zu lang und zu gefährlich. Er besteht weiter auf einem Standort im Hochbord-Quartier: «Schulhäuser müssen dahin, wo die Schüler sind, also ins Hochbord.»

### «Wortbruch des Stadtrats»

Die Primarschulpflege und der Stadtrat hätten die Wachstums-

entwicklung in ihrer Stadt verschlafen, findet Kantantzis. Der Stadtrat hätte seiner Meinung nach nie alles städtische Land im Hochbord verkaufen oder, wie im Fall des Hoffnig-Grundstücks, vergeben dürfen. Er fordert, dass man den Fehler nun korrigiert: «Die Stadt Dübendorf hat sich einst für das Konzept Quartierschulhaus entschieden. Wenn dieses nicht eingehalten wird, bedeutet das nichts anderes als ein Wortbruch des Stadtrats gegenüber der Bevölkerung.»

Schulpräsidentin Hänni hingegen hält an ihrem bisherigen Standpunkt fest: «Die Entwicklung und die künftige Geburtenrate sind nur beschränkt vorhersehbar. Und Schulhäuser auf Vorrat zu planen, ist politisch nicht

durchsetzbar.» Man versuche so gut wie möglich den Empfehlungen im Bericht nachzukommen. Grundsätzlich halte man am Prinzip Quartierschulhaus fest und setze dies, wo immer möglich, um.

### Neues Quartier taucht auf

Im Bericht werden auch Probleme benannt, von denen die Öffentlichkeit noch nichts wusste. So erwartet die Schulpflege neu auch im Quartier Sonnenberg, das bisher nicht im Fokus der Schulraumplanung stand, einen Anstieg der Schülerzahlen. Die Begründung der Schulpflege: Viele Einfamilienhäuser würden dort durch Mehrfamilienhäuser ersetzt, und in Genossenschaftswohnungen finde ein Generationenwechsel statt.

Die Schulpflege prüft deshalb, ob auch hier ein Erweiterungsbau möglich wäre. Zumindest vom Platz her ginge das, denn an diesem Standort verfügt die Schule noch über freies Land. Wie hoch die Kosten für den Erweiterungsbau Sonnenberg und das neue Schulhaus Birchlen ausfallen, muss erst abgeklärt werden.

### Fast überall wachsende Schülerzahlen

Die Dübendorfer Schulhäuser müssen künftig mehr Klassen beherbergen. Das geht aus dem aktuellen Bericht der Primarschule Dübendorf hervor. Geht man von einem Szenario ohne zusätzliches Schulhaus im Hochbord aus, erhöht sich die Klassenzahl im Birchlen von aktuell 10 auf bis zu 18 Klassen. Im Schulhaus Dorf von 8 auf 10 Klassen, im Högler von 12 auf 18 Klassen, im Stägenbuck von 14 auf bis zu 18 Klassen, im Flugfeld von 3 auf bis zu 4 Klassen und im Sonnenberg von 8 auf bis zu 13 Klassen. In dem jetzt erweiterten Schulhaus Wil und am Standort Gockhausen bleibt der Bestand auf aktuellem Niveau bestehen. Gemäss Schulpräsidentin Susanne Hänni (GLP/GEU) hat sich im Expertenbericht die einstige Befürchtung nicht bestätigt, dass die Schülerzahlen in Gockhausen weiter ansteigen werden. (zo)

## Stadtrat hält sich aus Kampf gegen Deponie im Tägernauer Holz raus

**Uster** Der Standort ist nicht auf Ustermer Boden und der Entscheid liegt in der Kompetenz des Kantonsrats.

Der Kampf, den die Gemeinden Gossau und Grüningen gegen die geplante Schlacken-Deponie im Tägernauer Holz austrugen, war medienwirksam: Bewohner und Behördenvertreter fesselten sich im Sommer an Bäume und trugen Holzkreuze in den Wald. An einer zweiten Demonstration nahmen im letzten November über 400 Personen teil. 7000 Bäume seien in Gefahr, wenn die Pläne des Zürcher Regierungsrats umgesetzt würden, so eines der Hauptargumente für den Widerstand.

Die Kantonsregierung will im Wald auf dem Grenzgebiet zwischen Gossau und Grüningen eine zehn Hektaren grosse Deponie ansiedeln. Sie soll doppelt

so gross sein wie ursprünglich vorgesehen. Der Entscheid des Kantonsrats zur nötigen Änderung des Richtplans steht kurz bevor – die zuständige kantonsrätliche Kommission hat sich bereits für die Deponie ausgesprochen. Die Zeichen für die Deponiegegner stehen schlecht.

### «Bewundernswerter Kampf»

Der Ustermer BPU-Gemeinderat und Naturschützer Paul Stopper findet den Kampf von Bevölkerung und Behörden in den beiden betroffenen Oberländer Gemeinden «bewundernswert», wie er in seiner Anfrage an den Stadtrat zum Thema Tägernauer Holz schreibt. Die Deponie sei nicht nur eine Angelegenheit der

Grüninger und Gossauer, «weil die Deponie zufällig auf deren Gemeindegebiete zu liegen käme». Vielmehr seien alle Verbandsgemeinden der Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland betroffen, findet Stopper.

Deshalb fragte er den Ustermer Stadtrat, ob dieser «die Gemeindebehörden und die Bevölkerung von Gossau und Grüningen in den Bestrebungen gegen die Deponie im Tägernauer Holz» unterstütze. Immerhin habe die Ustermer Bevölkerung letztes Jahr ja gezeigt, dass sie Waldgebiete grundsätzlich schützen wolle – als sie sich in einer Volksabstimmung gegen die Abholzung des Näniker Hardwaldes aussprach.

Die Frage nach der Unterstützung stelle sich nicht, schreibt nun der Stadtrat. «Ein möglicher Kampf gegen die Deponie ist für uns schlicht kein Thema», sagt die zuständige Gesundheitsvorsteherin Karin Fehr (Grüne). Der gefährdete Wald liege nicht auf Ustermer Gemeindegebiet und falle deshalb nicht in die Zuständigkeit des Ustermer Stadtrats.

### Kanton stimmt wohl zu

Es liege in der Kompetenz des Kantonsrats, über die Deponie im Tägernauer Holz zu entscheiden. Wenn die betroffenen Gemeinden mit der noch ausstehenden Richtplanänderung der einst nicht einverstanden sein sollten, müssten diese selber die

zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ergreifen, erklärt Fehr. Auch eine symbolische Unterstützung des Widerstands stehe nicht zur Diskussion.

Der politische Kampf der Gossauer und Grüninger gegen die Deponie ist wohl sowieso bald vorbei. Statt sich an Bäume zu ketten, müssen sich die Behördenvertreter bald in Gerichtssäle setzen. Eine Änderung des Richtplans zugunsten der Schlackendeponie kann nach dem wahrscheinlichen Ja des Kantonsrats nur noch auf rechtlchem Weg bekämpft werden. Und das können nur direkt betroffene Gemeinden.

Laura Cassani

ANZEIGE

Ja zu einer sicheren öffentlichen Wasserversorgung

«JA zum Wassergesetz, weil das neue Gesetz umfassend, eigen-tümerfreundlich und zukunfts-gerichtet ist.»



Sabrina Burgherr  
Kantonsratskandidatin SVP  
Mitglied Sozialbehörde Pfäffikon



Komitee «Ja zum Wassergesetz», c/o HEV Kt. Zürich, Pf., 8038 Zürich  
www.sichere-oeffentliche-wasserversorgung.ch